



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politische Rundschau : (Der Ausfall der Wahlen.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

und „Auf der Scholle“, Elegien von St. Milow. Fastenrath, der schon Mehres aus dem Spanischen übersezt, bringt „Die Wunder Sevillas“. Romanzen und Lieder“, während Krone ein Heftchen plattdeutscher Gedichte unterhartzischen Dialekts veröffentlicht. Auch ein zweiter Fürst ist noch zu nennen, der unter die Dichter ging: Karl der Funfzehnte, König von Schweden, dessen Gedichte von Bömers übersezt sind.

Und zum Schluß folge uns der Leser aus der neuesten Gegenwart in frühe Jahrhunderte, deren Dichtungen noch fortleben, wenn ihre Genossen des heutigen Berichtes schon lange vergessen sind. Zunächst sei außer der von Schnorr reich illustriren Simrock'schen Uebersetzung des Nibelungenlieds einer gleichen Arbeit gedacht, die aus der Feder Karl Bartsch, des Germanisten, floss, der nach dem Vorbilde des Originals stets nur des männlichen Endreims sich bediente. Hieran reiht sich Heinrich von Melk, ein österreichischer Ritter und späterer Klosterbruder aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, den R. Heintel herausgab und commentirte und „Freidanks Bescheidenheit. Ein Laienbrevier“. Neudeutsch von Karl Simrock. Man wird dem Uebersetzer Dank wissen für sein Werk und er hat recht, wenn er dieses bescheiden nur als Brücke zum Original betrachtet. Er wirkt auf diese Weise mittelbar und unmittelbar zugleich und trägt bei zur Kenntniß jener Schätze mittelhochdeutscher Dichtung, die noch lange nicht genug gekannt sind.

Politische Rundschau.

(Der Ausfall der Wahlen.)

× Leipzig, Mitte September.

Daß die Stärke der Parteien, welche auf dem ersten norddeutschen Reichstage vertreten waren, in der Versammlung, welche gegenwärtig in Berlin tagt, ziemlich unverändert dieselbe geblieben, ist eine Thatsache, welche von allen Seiten anerkannt wird. Die Verhältnisse, welche der Sommer 1866 geschaffen, sind aber noch so neu, daß dieses Resultat den meisten Leuten, mochten sie innerhalb oder außerhalb der Parteien stehen, unerwartet, ja überraschend gekommen ist und doch stellt es der politischen Bildung unserer Nation ein Zeugniß aus, wie es günstiger kaum erwartet werden konnte. Nicht daß diese Versammlung an und für sich ein ideales deutsches Parlament, eine chambre

introuvable wäre, — daß sie wesentlich die frühere geblieben ist, daß der politische Verstand der Nation trotz all der Zumuthungen, welche ihm seit den letzten fünf Monaten gemacht worden, unbeirrt auf dem einmal beschrittenen Wege verharret ist, — das wird und muß uns mit Zuversicht und Vertrauen für die Zukunft erfüllen. Jene große Masse der Wähler, welche auch dieses Mal die Entscheidung in die Hand der Mittelparteien legte, hat bewiesen, daß sie mündig und unabhängig zu werden beginnt, daß ihr Urtheil weder durch Mißgriffe der Regierung, noch durch Fehler der eigenen Parteiführer, noch durch die Fegereien und Insinuationen der halben und ganzen Verräther oder durch die Declamationen unverbesserlicher Doctrinäre beirrt und bestochen werden kann. Ueberblicken wir die Spanne Zeit, welche zwischen dem Schluß des ersten und dem Zusammentritt des zweiten norddeutschen Reichstages liegt, so werden wir eingestehen müssen, daß es an Worten und Thaten, welche die öffentliche Meinung beirren konnten, nirgend — auch nicht im Schoß unserer Partei — gefehlt hat. Nüchternere, lauere und schwunglosere Sonigmonate als die, welche dem Zustandekommen der norddeutschen Bundesverfassung folgten, hat ein neu-geschaffener politischer Organismus selten erlebt. Wenn wir von jenem Bruchtheil der Conservativen und Gouvernentalen absehen, welcher das Fiasco der Radicalen wie einen Sieg der Kreuzzeitungspartei feierte, so waren unter den Schöpfern des neuen Staatsgebäudes nur wenige, welche sich ihres Werkes mit wirklicher Genugthuung und stolzem Vertrauen auf dessen Dauerbarkeit ühmten. Das Gefühl der Abhängigkeit „von den Geschöpfen, die sie machten“ d. h. von den Drängern und Stürmern, welche sie in der Fortschrittspartei großgezogen, lastete auf zahlreichen der früher fortschrittlichen Nationalliberalen schwer genug, um diese nur leise auftreten und nicht ohne Reservationen und Clauseln von den Erfolgen ihrer Politik reden zu machen und manche der Rechenschaftsberichte, welche die Sieger ihren Mandanten abstatteten, waren von Entschuldigungen kaum zu unterscheiden. Die äußere Lage verstärkte das Gefühl des Unbehagens. Der Ausgang der luxemburger Angelegenheit lastete bleiern auf allen Gemüthern und wurde von denselben Particularisten und Radicalen, welche kurz zuvor über die kriegsgefährlichen Folgen „großpreussischer Eroberungssucht“ Zeter geschrien, in schamlosester Weise ausgebeutet *) und zum Verrath an deutscher Ehre und Macht gestempelt. Dann folgten die lange Reihe preussisch-gouvernementaler Mißgriffe in Kurhessen und Nassau, die Verstimmungen über den Steuerzuwachs in den kleineren Bundesstaaten und in den annectirten

*) Wir können uns nicht versagen bei dieser Gelegenheit auf ein interessantes Zeugniß für die preussische Nachgiebigkeit in der luxemburger Frage hinzuweisen: in den münchener „Histor. polit. Blättern“, die mit am lautesten auf diesen „Verrath“ schalten, für den nicht einmal der Bundestag schlecht genug gewesen wäre, — trägt ein alter Soldat neuerdings Fehweise dafür zusammen, daß die Festung Luxemburg nicht das Opfer eines Krieges werth gewesen wäre. (B. 60. Heft 5., S. 400 ff.)

Provinzen, die drohenden Gespenster neuer Tabaks- und Salzsteuern, die Befürchtungen vor einer französischen Einmischung in die nordschleswigische Angelegenheit, endlich die peinlichen Eindrücke wegen der „salzburger Bistite“. Selbst der Ausgleich mit Ungarn die Königskrönung Franz Josefs in Ofen-Pesth und die liberalen Anläufe, welche Herr von Beust im wiener Reichstage nahm, wurden von den Gegnern als Erfolge der großdeutschen über die kleindeutsche Politik ausgegeben und die Mehrzahl der antinationalen Blätter sprach um jene Zeit mit zunehmender Keckheit von einem sittlichen Niedergange der letzteren. Und was ist während derselben Zeit nicht alles im eigenen Hause, in den Hauptquartieren des preussischen Lagers gesündigt worden? Während die Zahl der Unzufriedenen in den neuen Provinzen beinahe geflüffentlich vermehrt wurde, sorgte die Regierung in den alten Theilen der Monarchie durch den Obergschen Fall und durch die fortgesetzte Verfolgung Twestens und Lasfers dafür, daß ihre eigenen Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Unverständiger und gewissenloser denn je declamirte während dessen die radicale Presse gegen alle die mühsamen Errungenschaften des vorigen Jahres und gegen diejenigen Liberalen, die sich aus der alten Sündfluth abstracter Principien und Phrasen auf den festen Boden der Wirklichkeit gerettet hatten: wollte man den sittlich entrüsteten Manifesten der „Zukunft“ und der „Volkzeitung“ Glauben schenken, so gab es in der alten Fortschrittspartei, wie weiland in Sodom, nicht zehn Gerechte mehr und selbst Männer wie Schulze-Delitzsch entgingen der Proscription durch die radicalen Triumvirn nur mit Mühe. Am schlimmsten war es, daß diese Rotomontaden, denen gelegentliche Liebeserklärungen an großdeutsche und particularistische „starke Charaktere“ beigemischt waren, eine gewisse Pression auf die national-liberale Partei ausübten und die berliner Vertreter derselben zu Verständigungs- und Compromißversuchen veranlaßten, die wenig dazu angethan waren, den Einfluß, die Festigkeit und das Ansehen der einzigen liberalen Fraction zu kräftigen, die sich an der Begründung des neuen Staatsbaues einen Antheil gesichert hatte. Hohnlachend sahen Reactionäre und Preußenfeinde der Selbstvernichtung des preussischen Liberalismus zu und als die Nationalliberalen in der eilften Stunde noch einmal den Versuch machten, mit den fortschrittlichen Gegnern der Bundesverfassung bezüglich der Wahlen zusammenzugehen, schien die Auflösung dieser Partei unterschrieben.

Und das Volk, jene große Majorität der Wähler, welche sechsundneunzig Altliberale und Nationalliberale in das Parlament gewählt hat (und diese können in einer großen Anzahl von Fragen auf die Unterstützung von dreiundzwanzig Freiconservativen rechnen), — es hat sich weder durch die Mißgriffe der Regierung, noch durch das Geschrei der Radicalen — selbst nicht durch die Unsicherheit seiner Führer beirren lassen; die eine Thatsache der Zolleinigung mit dem Süden hat schwerer gewogen als alles, was gegen die Durchführbarkeit

der im Sommer 1866 begonnenen Arbeit angeführt wurde und der Radicalismus muß zähneknirschend eingestehen, daß die Münze, mit welcher er zu zahlen gewohnt war, noch für lange außer Cours gesetzt worden ist. Daß mindestens für die nächsten drei Jahre auf einen ungestörten Ausbau des deutschen Einigungswerks gerechnet werden kann, ist unter den obwaltenden Umständen von unermesslichem Werth und wird der Sache der freiheitlichen Entwicklung, welche den Abschluß des äußeren Baus zu ihrer nothwendigen Vorbedingung hat, bessere Dienste leisten, als diejenigen glauben wollen, die die Grenzen Deutschlands mit Grundrechten und Verfassungsparagraphen schützen zu können meinen. Selbst an Anzeichen dafür, daß die äußeren Verhältnisse, deren Ungunst die ersten Wochen norddeutschen Bundeslebens trübte, sich zum Besseren wenden, fehlt es nicht mehr ganz und die Unabhängigkeit von diesen äußeren Verhältnissen muß mit jedem Tage, den wir weiter leben, zunehmen; das Vertrauen, welches das Volk den Mittelparteien durch die letzten Wahlen aufs neue bewiesen, muß das Selbstvertrauen und die Unabhängigkeit derselben kräftigen und die Krücken, auf welche man sich bisher stützen zu müssen glaubte, vollends entbehrlich machen. Mit dem Glauben an die Abhängigkeit der Mittelparteien von der Unterstützung der radicalen Demokratie hört das beste Theil des Einflusses dieser auf und unsere eigene Schuld wird es sein, wenn dieser Einfluß neu auflebt. Wir können nur wiederholen, was in diesen Blättern bereits beim Beginn der Wahlagitatio'n gesagt wurde: Wenn Ihr Euch nur selbst vertraut, vertrauen Euch auch die anderen Seelen!

Von den mancherlei unnatürlichen Alliancen und Compromissen, welche in Sachen der Wahlen geschlossen worden, ist — wie wir beiläufig bemerken müssen —, nächst dem Zusammengehen der Radicalen mit den Polen das anstößigste Factum jenes Abkommen gewesen, welches die preußischen Conservativen in mehreren Wahlkreisen mit Socialisten aus der Schule Lassalles geschlossen haben und dem der Reichstag die Ehre verdankt, Herrn Dr. von Schweitzer, und zwei andern Socialisten zu seinen Gliedern zu zählen. Der Vor-schub, den die Kreuzzeitungspartei in früheren Jahren dem Socialismus geleistet hat, zählt zu den schmutzigsten Reminiscenzen des preußischen Conservatismus und daß man sich auch heute nicht scheut, zu einem Auskunfts-mittel zu greifen, das selbst in der Hitze des Conflicts von allen ernstern Gliedern jener Partei verworfen wurde, — das ist eine Frivolität, für deren Verurtheilung kaum ein Ausdruck hart genug erscheint. Eine Regierungspartei sollte am wenigsten im Stande sein, ihren Parteisanatismus und ihren Haß gegen den directen Gegner bis zur Höhe des Verraths an den sittlichen Principien zu steigern, welche die Grundlage alles Staatslebens bilden, — ihr steht es am übelsten an, wenn sie ihre Bundesgenossen nimmt, wo sie sie findet, für sie kann es am verhängnißvollsten sein, wenn sie Verpflichtungen eingibt, von denen jeder Denkende weiß, daß sie niemals gehalten werden sollten und konnten!

Keine der Parteien, welche in dem gegenwärtig tagenden Parlament vertreten sind, zählt ein so bedeutendes außerpreußisches Contingent, wie die nationalliberale: während auf die sechsundzwanzig Fortschrittler nur sechs Nichtpreußen, auf die achtzig Conservativen (zu denen unbegreiflicherweise auch die sechs conservativen Particularisten Sachsens gezählt werden) einundsiebzig Preußen kommen, verhält die Zahl der außerpreußischen Nationalliberalen sich zu der der preußischen, wie 3:5. Uns scheint dieses Verhältniß kein ungünstiges zu sein: daß Mittelparteien in den Hauptstädten und was mit diesen zusammenhängt, keinen Boden haben, ist eine Erscheinung, die sich auf dem gesammten Continent wiederholt und nicht erst erklärt zu werden braucht — im vorliegenden Fall kann dieses Verhältniß von großem praktischen Nutzen sein.

Einmal ist die parlamentarische Decentralisation an und für sich ein Vorzug, der nach den in Frankreich gemachten Erfahrungen nicht hoch genug angeschlagen werden kann und zweitens ist es dem Süden gegenüber von großem Nutzen, wenn die Partei, welche allein Aussicht und Beruf hat, jenseit des Main Boden zu gewinnen, kein specifisch berlinisches Gepräge trägt. Der Proceß der Assimilation des nichtpreussischen Deutschland in den von Preußen geleiteten Bund bedarf der Vermittelung durch Elemente, welche die Sprache, die in den Kleinstaaten geredet wird, verstehen und selbst sie zu reden wissen: Männer wie Braun, Miquel und Bennigsen, die das Glend der Kleinstaaterie bis auf die Hefe ausgekostet haben, wissen der Natur der Sache nach am besten, welche Argumente auf den süddeutschen Liberalismus am durchschlagendsten wirken und wie dieselben zu formuliren sind. Daß die nationale Gesinnung durchaus verträglich ist mit der Treue gegen provinzielle Eigenthümlichkeiten und Vorzüge, werden die Süddeutschen am besten durch das Beispiel derer, die bewiesen haben, daß sie Einheit und Einförmigkeit von einander zu scheiden wissen und durch den Umstand verstehen lernen, daß die Männer, welche an der Spitze der Einheitsparteien stehen, nicht specifische Preußen sind.

Daß auf Süddeutschland überhaupt direct gewirkt werden kann, daß jenseit des Main eine Krisis zum Besseren bevorsteht, die durch den Ausfall der Wahlen in Norddeutschland wesentlich gefördert werden kann, dafür sprechen neuerdings verschiedene und beachtenswerthe Anzeichen. Die Zahl der Möglichkeiten, welche für eine süddeutsche Existenz außerhalb des Bundes mit dem Norden da zu sein schienen, hat sich durch das glänzende Fiasco des fröbelischen Programms wiederum vermindert und die Schreier, welche den Anschluß an Preußen für der Uebel größtes ausgeben, werden demnächst an der äußersten Grenze ihres Wiges angekommen sein. Wohl wird uns von den „Historisch-politischen Blättern“ dem „Beobachter“, dem „Bayrischen Voten“ u. s. w. die Versicherung gegeben, die Aufnahme, welche Napoleon in Süddeutschland gefunden, beweise deutlich, daß man — Dank der preussischen Vergrößerungssucht — zum Aeußersten entschlossen sei, um die Souveränität der süddeutschen Stämme und Staaten zu retten — wir aber wissen es besser. Wenn dem wirklich so wäre, so würde man sich hüten, offen davon zu reden und daß dem nicht so ist, wissen wir aus dem, was wir sonst hören und sehen. Die Mannhaftigkeit und Entschiedenheit, mit welcher der Großherzog von Baden den Eintritt in den norddeutschen Bund als letztes Ziel seiner Politik bekennt, hat in einem constitutionellen Staat wie dem badischen die Zustimmung des zur Zeit maßgebenden Theils der Bevölkerung zur nothwendigen Voraussetzung und daß diese Zustimmung eine ernst gemeinte ist, dafür haben die badischen Erfahrungen des vorigen Jahres reichlich gesorgt.

Der Eindruck der badischen Thronrede, die an Klarheit und Unzweideutigkeit schlechterdings nichts zu wünschen läßt, wird in Bayern und Württemberg nachhaltig genug wirken, um den Muth der süddeutschen Nationalen zu beleben und diesen das Rhodus zu zeigen, an welches sie sich fest anzuschließen haben. Grade aus Württemberg, wo der Radicalismus seine tollsten Hexensabbathe zu feiern pflegte, sind uns in den letzten Tagen beachtenswerthe Zeugnisse für die wachsende Entschlossenheit der Freunde der guten Sache zugegangen; der Tod Paul Pfizers hat dem Schwäbischen Merkur (vgl. Nr. 213 und 214 „Paul Achatius Pfizer, ein Nekrolog“) Veranlassung gegeben, an die Tage zu erinnern, in welchen Württemberg den ersten Zeugen für Preußens deutschen Beruf als den bedeutendsten seiner Politiker feierte*) und ziemlich gleichzeitig ist der

*) In diesem Nekrolog heißt es mit Beziehung auf den Briefwechsel „zweier Deutschen“

zweite Abdruck von Römers trefflicher Schrift: „Die Verfassung des norddeutschen Bundes und die süddeutsche, insbesondere die württembergische Freiheit“ (Tübingen, bei H. Laupp, 79 S. in kl. 8.) erschienen. Auf diese Schrift, die in zwei Haupttheile, „Die Verfassung des norddeutschen Bundes“ und die „würtembergischen Bedenken gegen den Eintritt in den norddeutschen Bund“ zerfällt und die Unklarheit oder Verlogenheit derer, welche ihre particularistischen Wünsche auf den Namen liberaler Gewissensbedenken hingewiesen werden: zunächst auf die Anschauungen süddeutscher Leser berechnet, ist sie gleichzeitig an manche norddeutsche Adresse gerichtet. Auf den achtundzwanzig ersten Seiten erörtert der Verfasser in genauem Anschluß an die einzelnen Paragraphen der Bundesverfassung deren Organisation, Aufgabe und Competenz, im zweiten Theil weist er im Einzelnen nach, was es mit der württembergischen Freiheit und Selbständigkeit und mit dem angeblich gefährdeten württembergischen Wohlstande eigentlich auf sich habe. Davon ausgehend, „daß die Württemberger im J. 1849 die Anerkennung der Reichsverfassung zu erzwingen gesucht“ und daß man gegen die in jener Verfassung „beliebte, viel weiter gehende Beschränkung der Selbständigkeit der Einzelstaaten nichts einzuwenden gehabt habe“, deducirt Römer, daß von dem neunundvierziger Standpunkt aus bloß gegen einen Punkt der Bestimmungen über die Bundesgewalt Widerspruch erhoben werden könne, gegen die Oberbefehlshaberschaft Preußens — daß diese aber ein nothwendiges Populat der praktischen Erfahrungen des vorigen Jahres, der gegenwärtigen Lage Deutschlands und seiner Beziehungen zu den Nachbarstaaten sei. Bezüglich der angeblichen Gefährdung des württembergischen Wohlstandes durch die großen Kosten für das Bundesheer wird auf die wichtigen Hebel hingewiesen, welche demselben aus dem höheren Maß wirtschaftlicher Freiheit und Bewegung innerhalb des gesammten Bundesgebiets erwachsen müssen und die Phrasen von der preisgegebenen württembergischen Freiheit werden durch den Beweis abgefertigt, daß die Zusammensetzung der württembergischen Volksvertretung die illiberalste von der Welt sei, daß dieselbe weder ein Budgetrecht, noch die Initiative in der Gesetzgebung, noch irgendwelche Grundrechte zu verlieren habe, da sie dieselben niemals besessen! Mutatis mutandis — und der Mutanda sind nicht eben viele — könnten diese Sätze auch den verbündeten Particularisten und Radicalem des Nordens vorgehalten werden, — haben doch die Vorgänge bei den letzten Wahlen, namentlich in Sachsen vielfach zu der Erneuerung des Bündnisses der „Freunde des Volks“ mit den Getreuen der Höfe und zur Aufwärmung jener verbrauchten Phrasen geführt, freilich mit sehr viel weniger Erfolg, wie vor sechs Monaten!

Das beste Argument dafür, daß die Gefährdung der Freiheit durch die Einheit eine Erfindung derer ist, welche weder die eine noch die andere wollen und daß diese Erfindung vor der Wahrheit nicht bestehen kann, hat aber das norddeutsche Volk selbst — das wiederholen wir noch einmal — und zwar dadurch geliefert, daß es die Fortführung des begonnenen Werks denselben Bauleuten in die Hand gegeben hat, welche den Grundstein legten. Von diesem Argument erwarten wir, daß es auch in Süddeutschland am stärksten und nachhaltigsten wirken werde.

u. a. wie folgt: „Sonderbarerweise fand der Gedanke einer Unterordnung unter das noch unconstitutionelle Preußen damals weit weniger Gegner als die jetzt geforderte Unterordnung unter das constitutionell gewordene.“

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gütthel & Regler in Leipzig.